

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus (in Berlin) 12 M. im voraus zahlbar. Für den Versand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen liegen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänemark, das Baltikum, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 10 Pfg., für das übrige Ausland 27 Pfg. per Brief bei: für Deutschland u. Österreich-Ungarn 90 Pfg. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 26b.

Die abgedruckten Kontrahenten oder deren Namen haben 3.- M. einschließlich Steuerzuschlag. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Kunden-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Suche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Suche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-152 70

# FR E I H E I T

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien

Paris, 7. Juni.

Die englische Regierung hat, wie die Havas-Agentur berichtet, der französischen Regierung gestern durch ihren Botschafter in Paris eine Antwort auf die französische Note vom 30. 5. zugehen lassen. Die britische Regierung erklärt sich darin mit der französischen Regierung einig, daß die gezielte Ordnung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrag wieder hergestellt werden müsse, bevor irgendeine Entscheidung getroffen werde. Die englische Regierung fügt hinzu, daß sie den Bericht ihres neuen Kommissars in Oberschlesien über die Lage, wie er sie bei seinem Eintreffen in Oberschlesien vorfand, abwarten wolle, ehe sie sich über die Frage der Prozedur auszusprechen wolle, die versucht werden solle, um das oberschlesische Problem zu lösen.

Die französische Regierung hat sofort auf diese Mitteilung geantwortet und erklärt, daß sie sich in diesen beiden Punkten dem englischen Standpunkt anschleße. Es habe immer in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen. Die französische Regierung hoffe, daß die Ankunft der britischen Truppen hierzu beitragen werde, und daß der neue englische Kommissar baldigst seiner Regierung Bericht erstatten werde, damit sie sich vollkommen Ausschluß über die Lage in Oberschlesien geben können.

Ll. London, 8. Juni.

Lord d'Abernon hat die deutsche Regierung davon verständigt, daß die Entente-Truppen in Oberschlesien durchaus stark genug sind, um die gegenwärtigen Unruhen zu bejähigen und daß das deutsche Anerkennen, die englischen Truppen zu unterstützen, daher unangebracht wäre und den Zustand nur verwickeln könne. Der Gesandte hat die Berliner Regierung erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Deutschen in Oberschlesien sich den Befehlen der Ententekommission zu fügen hätten.

### Englisch-französische Bündnispläne

Paris, 7. Juni.

„Matin“ läßt sich aus London melden: Nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen kommen, ist auf Anregung des englischen Auswärtigen Amtes, die neuerdings in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage einer sektionsmäßigen Entente zwischen Frankreich und England in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. Der Gedanke sei in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten solle, im Falle eines deutschen Angriffs Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen die Befehle des Ruhrgebietes zurückzuziehen und mit England im Orient zusammenarbeiten soll. Für diesen Gedanken seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain sowie der Unterstaatssekretär im Londoner Auswärtigen Amt, Sir Crewe eingetreten. Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

### Der französische Protest gegen den englisch-russischen Handelsvertrag

Paris, 7. Juni.

Havas meldet aus London: Es verlautet, daß gegenwärtig vom Foreign Office eine Antwort auf die heute vom „Daily Telegraph“ veröffentlichte französische Note betreffend des englisch-russischen Handelsabkommens abgefaßt wird. Reuter zufolge wird in dieser Antwort ausgeführt werden, England könne nicht alle von der französischen Regierung vorgebrachten Argumente anerkennen. Insbesondere könnten die von englischen Berichten angeführten Entscheidungen nicht abgeändert werden. Wenn der Augenblick für eine allgemeine Regelung zwischen den Vertretern der verschiedenen Mächte gekommen sein werde, eine Regelung, die mit dem englisch-russischen Handelsabkommen nichts zu tun haben werde, dann würden die französischen Forderungen, wie der englische Premierminister bereits in unzweideutiger Weise erklärte, volle Beachtung finden.

### Die erste Schiedsgerichtsverhandlung

(Reuter.) London, 7. Juni.

Das englisch-deutsche Schiedsgericht zur Schlichtung von Streitfällen, die sich aus verschiedenen Artikeln des Friedensvertrages ergeben, verhandelte heute den ersten Fall. Den Vorsitz führte der Schweizer Professor Borel. Mitglieder waren Engländer und Deutsche. Zur Verhandlung stand eine Klage der Great Eastern Railway gegen die deutsche Annoncen-Expedition Rudolf Wolff auf 202 Pfund Sterling nebst Zinsen. Der Kläger führte aus, der Beklagte sei als Annoncen-Expedition für die Linien des Klägers und der holländischen Eisenbahngesellschaft tätig gewesen, wobei jeder Teil die Kosten zur Hälfte bezahlt habe. Im April 1915 habe der Beklagte 20000 Mark von der holländischen Gesellschaft empfangen. Im gleichen Jahre habe er vor einem deutschen Gerichte eine Klage auf 16147 Mark erhoben, die den Kosten von den beiden Gesellschaften geschuldeten Betrag darstellten, ohne jedoch das Gericht von der früheren in Holland gemachten Zahlung in Kenntnis zu setzen. Wolff habe ein Arresturteil auf das in einer Kölner Bank liegende Guthaben des Klägers erhalten. Der Anwalt des Beklagten machte geltend, daß sein Klient wissenslos sei, die 20000 Mark der holländischen Gesellschaft zurückzuerhalten, daß er sich jedoch nicht für verpflichtet erachte, die Zahlung des Betrages in der Vorkriegswährung zu leisten. Das Schiedsgericht lehnte die Berufung der Entscheidung auf Donnerstag vormittag fest.

### Der Friedensvertrag von Trianon

Ratifizierung durch die Pariser Kammer

Die französische Kammer nahm mit 478 gegen 74 Stimmen den Vertrag von Trianon über den Frieden mit Ungarn an. In der Debatte kritisierte der sozialistische Abgeordnete Boncourt die Zerstückelung Ungarns. Es sei unmöglich, daß Österreich und Ungarn getrennt voneinander leben könnten. Wenn man die wirtschaftliche Lage betrachte, müsse man erkennen, daß einzelne neugeschaffene Kleinstaaten vor anderen bevorzugt werden. So besäße Ungarn beispielsweise die Zufuhrwege zu einzelnen Kohlengruben, während diese Kohlengruben der Tschechoslowakei gehörten. Eine Donauüberquerung werde nicht genügen; es sei nur dann möglich, alle Grundzüge, die beim Abschluß der Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon vorgezeichnet hätten, zu erfüllen, wenn Europa vollkommen neuorganisiert sei.

Ministerpräsident Briand erklärte, Frankreich habe unter allen Umständen den Grundgedanken hochgehalten, andere Völker leben zu lassen und ihr Selbstbestimmungsrecht zu realisieren. Aber wenn es sich um Völker Mitteleuropas handle, stehe die Anwendung dieses Grundgedankes auf Schwierigkeiten. Frankreich müsse aber den kleinen Staaten, da es an ihrer Schaffung teilgenommen habe, mit den Alliierten die Lebensrisiken sichern. Von Föderalismus könne jetzt nicht mehr die Rede sein. Man hätte ihn ins Auge fassen können, solange Österreich-Ungarn nicht zerstückelt war. Man habe die neuen Staaten nicht gegründet, um ihnen ihr Leben wieder zu nehmen. Frankreich verleihe nichts an seiner Größe, wenn es von den wirtschaftlichen Reichtümern der Länder Nutzen ziehen wolle, die von seinen zur Anwendung gebrachten Grundgesetzen profitierten. Ungarn müsse sehen, wie es sich mit seinen Nachbarn verständige, um Erleichterungen mit Bezug auf den Friedensvertrag zu erlangen.

Aus der interessanten Debatte ist noch hervorzuheben, daß Briand den General Franck d'Espéry gegen den Vorwurf verteidigte, daß er die Unternehmung des Kaisers Karl begünstigt habe. Die Regierung könne nicht verhindern, daß es in Frankreich Royalisten gäbe, aber ihre eigene Politik habe eine ganz andere Orientierung. Der Beweis dafür sei in dem scharfen Protest zu finden, den er bei dem Abenteurer Karls logisch nach Ungarn geleitet habe.

Dem Genossen Paul Boncourt, der für das Recht der Nationalitäten eingetreten war und sich gegen die reaktionäre Regierung Horthy gewendet hatte, erwiderte Briand: Die reine Doktrin des gleichmäßigen Rechts der Nationalitäten könne im alten Europa nicht mehr zur Geltung kommen. Die wirtschaftlichen Interessen regelten die Beziehungen der Völker zueinander, und diese wirtschaftlichen Beziehungen müßten gutmachen, was bei der Regulierung der Grenzen vergessen worden sei. Wenn Ungarn fortan nur noch ein Agrarland sei, wie Paul Boncourt gesagt habe, so müsse erwidert werden, daß auch größere Länder zuweilen nicht alles besitzen, was sie nötig haben. Frankreich könnte zum Beispiel sehr gut eigene Baumwollplantagen kulturen. Die Ideale des Reichtums, der aus Europa ein soziales Paradies machen wolle, seien sehr schön, aber Frankreich dürfe bei aller Ehrfurcht vor Menschlichkeitsidealen nicht seine Nützlichkeitsinteressen vernachlässigen. Vielleicht werde es einmal eine Gesellschaft der Nationen geben, aber heute sei die Stunde noch nicht gekommen, in der die Völker einander brüderlich in die Arme fallen. Die Regierung Horthys sei nicht so sehr rückständig, sie bedeute doch einen sozialen Fortschritt gegen das Blutregiment Bela Kuhns.

Diese Antwort Briands verdient in mehrfacher Hinsicht Beachtung. Da ist zuerst das Eingeständnis, daß die wirtschaftlichen Interessen die Beziehungen zwischen den Völkern regeln, dem das zweite Eingeständnis folgt, daß diesen wirtschaftlichen Interessen der Völker bei den Grenzfestsetzungen nicht genügend Rechnung getragen wurde. In beidem ist Briand nur zustimmen und nur zu bedauern, daß diese Erkenntnis hinterher kommt und mittlerweile die Staaten Mitteleuropas unter der Zwangsjacke der Verträge festzitzen. Ebenso interessant und wichtig ist Briands Ansicht über die Gesellschaft der Nationen. Daraus klingt eine deutliche Absage an den Völkerbund, dem die Franzosen von jeher nicht sehr zugetan waren. Schürstern Widerpruch fordert aber die Meinung Briands über das Horthy-Regime in Ungarn heraus. Wenn er die Regierung Horthys als einen sozialen Fortschritt gegenüber dem Blutregime Bela Kuhns bezeichnet, so beweist er damit höchstens seine Ahnungslosigkeit über die ungarischen Verhältnisse. Die Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung, die Anstauung der Verbandskassen, die Herabdrückung der Arbeiter auf das elendeste Niveau, das sind die sozialen Fortschritte des Horthy-Regimes. Und schließlich hat die Diktatur Bela Kuhns nicht im entferntesten soviel Todesopfer gelostet, wie die Diktatur Horthys gelostet hat und noch immer kostet. Die täglichen Toten der Donau reden eine eindringliche Sprache.

Aufhebung der Telegrammenzensur in Ungarn. Laut Beschluß des Ministerrates sind von heute an alle in Ungarn ausgehenden Telegramme von jeder Zensur befreit.

### Dividendenpolitik

Von Bruno Uch

„Die Industrie bricht unter den Lohnforderungen der Arbeiterschaft, unter den Beschränkungen, die ihr durch Desmobilmachungsbestimmungen und Betriebsrätegesetz auferlegt sind, und vor allem unter der unerträglichen Last der Steuern zusammen!“ Wie oft haben wir diese und ähnliche Argumente in zahllosen bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften gelesen, wie beweglich sind die Klagen bei jeder Beratung von sozialpolitischen Gesetzen und Steuervorlagen in den Parlamentsausschüssen erklingen. Wenn die Gewerkschaften wegen der Lohnforderungen verhandeln, dann wird ihnen die Lage der betreffenden Industrie so schwarz und so schwierig geschildert, daß schon mancher Arbeiterpersönlicher sich am liebsten entschlossen hätte, der Gegenpartei ein paar Groschen aus der eigenen Tasche anzubieten. Jede noch so fern drohende Möglichkeit einer Abfahrtschleife oder Preislenkung wird in ihren Auswirkungen geschildert und kein Hinweis auf noch so ferne vergangene Zeiten vermag die notleidenden Industriellen zu überzeugen, daß es ihnen noch nicht am Schlimmsten gesehe.

In derartigen Zeitläuften wird es notwendig, immer wieder die Abschlüsse und Gewinnausschüttungen der verschiedenartigsten Unternehmer zu studieren, um der Arbeiterschaft ein Bild zu geben, in welchem Umfange gerade gegenwärtig eine Uebersteigerung von Gewinnen und eine schamlose Geschenkpolitik an Aktionäre zu verzeichnen. Leider ist es nicht möglich, diese Untersuchungen so weit zu stecken, wie es an sich wünschenswert wäre, weil der Öffentlichkeit nur die Bilanzen derjenigen Geschäfte zugänglich sind, die in einer zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtenden Rechtsform betrieben werden, also in erster Linie die Aktiengesellschaften, während die viel zahlreicheren und zum Teil sehr bedeutenden Unternehmer anderer Art (Einzelfirma, offene Handelsgesellschaft usw.) einer kritischen Betrachtung in dieser Hinsicht kaum zugänglich sind. Wir dürfen aber ohne weiteres annehmen, daß bei der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft aus der immerwährenden Tendenz einer Angleichung der Profitraten, bei den anderen Unternehmungen ungefähr ähnliche Ergebnisse zu verzeichnen sein werden, wie wir sie bei den Aktiengesellschaften der verschiedenartigsten Industrien finden.

Allerdings ist gegenwärtig das Lesen der meisten Bilanzen sehr schwierig geworden, weil dieselben gewöhnlich so wenig durchsichtig gehalten sind, daß selbst die bürgerlichen Handelszeitungen fortgesetzt dagegen Sturm laufen und im Interesse der nicht in die Einzelheiten eingeweihten Aktionäre eine größere Klarheit fordern. Wie man aus den Berichten über die Generalversammlungen der Gesellschaften jedoch deutlich genug ersehen, denken die Aktionäre nur in den seltensten Fällen daran, eine derartige Forderung von sich aus zu stellen, denn solange die Unternehmen große Ueberflüsse abwerfen, ist ihr Interesse an dem Werte, das kein wirtschaftliches, sondern ein rein finanzielles ist, vollständig befriedigt. Es wird zur Zeit vielmehr die Bilanzverdunkelungspolitik, die der Auspeicherung stiller Reserven durch Abschreibungen, niedrige Warenbewertungen und dergleichen dient, bewußt gefördert, ebenso wie man gern eine die Öffentlichkeit überreizende hohe Dividendenausüttung vermeidet und für die Gewinnverteilung lieber die weniger durchsichtige, aber im Ergebnis sehr fruchtbarere Vergabe von wertvollen Bezugsaktien, Gratisaktien usw. wählt. Nicht selten finden sich auch der schon klingende Hinweis, daß die zahlenmäßig hohe Dividende, da sie nur in Papiermark zur Ausschüttung gelange, in Wirklichkeit sehr niedrig sei, denn die zu verzinshenden investierten Kapitalien seien Goldmark und daran gemessen erscheine das Gewinnergebnis als geradezu lächerlich bescheiden. Dieses auf den ersten Blick bescheidende Argument aber erweist sich bei näherem Hinschauen als eine hohle Phrase, mit der man auf Dumme spekuliert, denn es gibt heute kaum ein Unternehmen, das nicht während des Krieges und vor allem nach dem Kriege zahlenmäßig viel höhere Kapitalinvestitionen vorgenommen hat, als es vor dem Kriege jemals durchführen konnte und diese großen Beträge, die bei den meisten Firmen ein Vielfaches des Vorkriegskapitals ausmachen, sind natürlich entwertete Papiermark gewesen und keineswegs hochwertige Goldmark.

Aus der Fülle der mir vorliegenden Abschlüsse der letzten Monate, die ein Bild der Gewinnorgien des Jahres 1920 geben können, greife ich willkürlich einige heraus. Da ist die Wazinger Papierfabrik, deren offizielles Ergebnis nach Abschreibungen in Höhe von über 4 Millionen mit etwa fünf Millionen Mark Reingewinn ausgewiesen wird. Man hat aber vorläufigerweise einen Werterhaltungsfonds in Höhe von 2,5 Millionen M. errichtet, so daß der Reingewinn das 7 Millionen M. betragende Aktienkapital beträchtlich hinter sich läßt. In der Generalversammlung der Gesellschaft aber wurde, nach einer Meldung der „Zf. Ztg.“, von den Aktionären, die es wohl wissen müssen, die Behauptung aufgestellt, der Reingewinn belaufe sich in Wirklichkeit auf über dreißig Millionen M., also auf mehr als das Vierfache des Aktienkapitals, so daß die auszuschüttende Dividende von 40 v. H. tatsächlich „sehr bescheiden“ ist. Da aber gleichzeitig bei der nunmehr beschlossenen Kapitalerhöhung (des Kapitalverwertungs)





